

Der Blick in die Zukunft ist ungewiss

Unsere vielfältigen Teilprojekte sind in Zeiten von Corona mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. So sind viele Beratungsstellen auf digitale Formate umgestiegen, was wiederum ganz eigene Probleme mit sich bringt: Häufig fehlt es an digitalen Endgeräten sowie einer stabilen Internetverbindung. Außerdem scheint sich eine allgemeine Müdigkeit gegenüber digitalen Angeboten in der Zielgruppe verbreitet zu haben.



Genau deshalb ist ein weiteres Aufgabenfeld der Netzwerkkoordination, die Bedarfe der einzelnen Projekte auf politischer Ebene zu vertreten und mit klaren Forderungen unsere Ziele zu erreichen. So fand im November 2020 mit unserem Schwesternetzwerk Alle an Bord! ein Fachgespräch im Wirtschaftsministerium statt, wo verschiedene institutionelle Hürden diskutiert wurden.

Doch wie lange wir unsere Arbeit in diesem Umfang weiterführen können, ist im Frühling 2021 noch nicht geklärt. Die Projektförderung läuft zum Jahresende aus – ein Antrag auf Fortführung der wichtigen vom Bund und der EU geleisteten Förderung soll gestellt werden. Wir sind aber guter Hoffnung, ggf. das Projekt für weitere fünf Jahre gestärkt fortsetzen zu können.

Annika Fuchs, Paritätischer Schleswig-Holstein, ist Mitarbeiterin im Team der Koordination des Netzwerks Mehr Land in Sicht!
www.mehrlandinsicht-sh.de

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten

Auch die schleswig-holsteinischen Geflüchteten-Integrationsnetzwerke Alle an Bord! und Mehr Land in Sicht! stellen fest, dass Geflüchtete überproportional in Helfer*innen-Tätigkeiten, Minijobs und in von Corona-Folgen am stärksten betroffenen Branchen sowie in für Home-Office weniger geeigneten Tätigkeiten beschäftigt und daher besonders von Arbeitsplatzverlust oder Nichtübernahme betroffen sind. Auch die meist kürzere Betriebszugehörigkeit und ausländerrechtliche Hürden erschweren die nachhaltige Beschäftigung jetzt besonders. (vgl. FAU Erlangen und Stiftung Mercator 2021: Auswirkungen und Szenarien für Migration und Integration während und nach der Covid-19 Pandemie <https://bit.ly/2R73p4a> und IAB Forschungsbericht 11/2020 <https://bit.ly/3gGdSyu>). Die Bundesagentur für Arbeit meldet, dass zwischen April 2020 und März 2021 insgesamt sieben Prozent des Anstiegs der Arbeitslosigkeit auf den Corona-Effekt zurückgeht, „weil mehr Personen ihre Beschäftigung verloren, ihre Selbstständigkeit aufgegeben oder sich nach Abschluss einer (außer-) betrieblichen Ausbildung arbeitslos gemeldet haben“. (BA Statistik. Arbeitsmarktmonitor März 2021, S. 14, <https://bit.ly/3xxJUT5>)

Behördenlockdown gefährdet Arbeitsmarktzugänge und Weiterbeschäftigung

Der Zugang zu Beratungsstellen und vor allem zu Ausländerbehörden, Jobcentern und Agenturen für Arbeit ist vor dem Hintergrund der Corona-Schutzmaßnahmen stark eingeschränkt. Wenn Aufenthaltstitel nicht rechtzeitig verlängert werden, erforderliche Anträge nicht gestellt werden können oder Bescheide ausbleiben, droht der Arbeitsplatzverlust. Wer eine Ausbildung beginnen will, benötigt dafür vor Beginn die Beschäftigungserlaubnis, sonst kann die Stelle nicht angetreten werden. Die Arbeitslos- bzw. Arbeitssuchend-Meldung ist Voraussetzung, um Unterstützung durch Instrumente des SGB II oder SGB III zu bekommen. Auch die Berechtigung zur Teilnahme an berufsbezogenen Sprachkursen erfolgt über diesen Weg. Sprachkurse finden derzeit allerdings nur sehr eingeschränkt und in der Regel online statt, so dass Berechtigungen nicht eingelöst werden können oder eine Teilnahme aufgrund fehlender technischer Ausrüstung oder auch starker Verunsicherung angesichts der unbekannteren Formate nicht erfolgt.

Betriebe scheuen Risiken

Gerade für Geflüchtete sind Praktika ein wichtiges Mittel, um Betriebe und die Arbeitsanforderungen in dem jeweiligen Beruf im Vergleich zum Herkunftsland kennenzulernen. Auch Betriebe legen Wert darauf, geflüchtete Bewerber*innen, die oft keine formalen Abschlüsse vorweisen können, erstmal kennenzulernen, um zu erproben, ob die sprachliche Kommunikation funktioniert und welche praktischen Kenntnisse schon da sind. Unter Corona-Bedingungen stehen aber nur wenige Praktikumsplätze zur Verfügung. Für viele Betriebe ist es schon ein Problem, die nötigen Corona-Schutzmaßnahmen für die Stammbeslegschaft umzusetzen und sie scheuen davor zurück, zusätzliche Risiken einzugehen. Dabei spielen manchmal auch Vorbehalte eine Rolle, wenn – befeuert durch die mediale Berichterstattung – davon ausgegangen wird, Geflüchtete würden ein höheres Infektionsrisiko mitbringen.

Weniger Sprachförderung und ausgefallener Berufsschulunterricht

Durch eingeschränkte Sprachförderung und ausgefallenen Berufsschulunterricht sind darüber hinaus Abschlüsse gefährdet. Der Berufsschulteil der Ausbildung ist für Geflüchtete zumeist schwieriger zu bewältigen als die Praxis im Betrieb, Unterbrechungen können sie häufig nicht mehr rechtzeitig aufholen.

Vor diesem Hintergrund sind jetzt Unterstützungsangebote umso nötiger, wie das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung ebenso wie die Universität Erlangen und die Mercator Stiftung bestätigen.